

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses  
am Freitag, dem 28.11.2008, im Ausschusszimmer des Kreishauses  
Warendorf (4. OG, Zi. C4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:35 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Jahresabschluss 2007 hier: Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2007	<b>137/2008</b> 4
2.	Bericht zur Haushaltssituation 2008	<b>138/2008</b> 5
3.	Finanzielle Unterstützung der DRK-Rückkehrberatungsstelle Hamm durch den Kreis Warendorf ab dem 01.01.2009	<b>128/2008</b> 7
4.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2009 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	<b>139/2008</b> 8
5.	Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2009 mit Haushaltsplan und Anlagen	<b>140/2008</b> 11
6.	Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an der Vinzenz-von-Paul-Schule in Beckum	<b>108/2008</b> 15
7.	Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten des Caritasverbandes im Kreisdekanat Warendorf e.V.	<b>141/2008</b> 16

8. Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2007 **142/2008** **17**

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Liegenschaften im südlichen Teil des Kreisgebietes **143/2008**

## **Anlagen**

- Anlage 1 Liste der Anträge der Kreistagsfraktionen zum Haushalt 2009 mit Beratungsergebnissen

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>	
Bürsmeier-Nauert, Mechtild	
<b>Ausschussmitglieder</b>	
Bing, Norbert	
Buschkamp, Franz-Josef	
Gutsche, Guido	
Juli, Reimund	
Kaup, Winfried	
Krause, Winfried	
Kreft, Peter	
Möllmann, Rolf	
Neumann, Jochem	
Northoff, Robert	
Pries, Wilhelm	
Stakenkötter, Catrin	
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>	
Hild, Karl-Wilhelm	Vertretung für Herrn Carl Holtermann
Wiemann, Norbert	Vertretung für Herrn Herbert Oertker
<b>von der Verwaltung</b>	
Boeckmann, Inge	
Börger, Heinz Dr.	
Funke, Stefan Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Hansen, Peter Dr.	
Kemper, Friedrich	
Prinz, Rudolf	

Frau Bürsmeier-Nauert eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 17.11.2009 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

**I. Öffentlicher Teil**

<b>1.</b>	<b>Jahresabschluss 2007 hier: Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2007</b>	<b>137/2008</b>
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke erläutert die rechtlichen Hintergründe des Beschlussvorschlags. Nach § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NRW beschließt der Kreistag über die Verwendung eines Jahresüberschusses. Nach Auffassung des Innenministeriums NRW kann ein Jahresüberschuss nur der Ausgleichsrücklage oder der allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Da die Ausgleichsrücklage des Kreises noch ihren vollen Bestand aufweist, kann der Jahresüberschuss aus dem Jahr 2007 allerdings nur der allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Herr Hild erkundigt sich, inwieweit der Jahresüberschuss 2007 zur Risikovorsorge für den Haushalt 2009 eingesetzt werden kann.

Herr Dr. Funke erklärt, dass nur über einen Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage etwaige Verluste im Jahr 2009 ausgeglichen werden können.

Die derzeit nur sehr eingeschränkten Verwendungsmöglichkeiten eines Jahresüberschusses sind aber bereits Gegenstand des Evaluationsverfahrens zum NKF-Gesetz. Angestrebt ist u.a., dass künftig auch die Zuführung des Jahresüberschusses in eine Gewinnrücklage oder ein Vortrag auf neue Rechnung ermöglicht wird.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Überschuss des Haushaltsjahres 2007, der im Jahresabschluss 2007 mit 1.823.947,05 € ausgewiesen ist, wird der allg. Rücklage zugeführt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**2. Bericht zur Haushaltssituation 2008****138/2008**

Herr Dr. Funke erläutert die aktuelle Ergebnisprognose. Der im Finanzstatusbericht prognostizierte Jahresüberschuss von 2.451 T€ wird durch hohe Ermächtigungsübertragungen relativiert, die 2009 zu zusätzlichen Aufwendungen führen. Allein für die Unterhaltungsmaßnahme am Berufskolleg Beckum sind voraussichtlich 1.750 T€ zu übertragen. Für Ermächtigungsübertragungen aufgrund der Budgetierung der Schulen wird mit weiteren 400 T€ gerechnet, so dass Mittel von insgesamt 2.150 T€ den Haushalt belasten. Unter Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen wird noch ein leicht positives Ergebnis 2008 erwartet.

Im Einzelnen geht Herr Dr. Funke auf ergebniswirksame Faktoren aus dem Personalbudget, dem Sozialbereich und den Gebührenhaushalten ein.

Das Personalbudget wird durch den Tarifabschluss von März 2008, höheren Beihilfen und höheren Zuführungen zu den Rückstellungen belastet. Allerdings sei derzeit ein Landtagsbeschluss zur Anhebung der Beamtenbesoldung noch vor Ende des Jahres nicht mehr zu erwarten. Ein solcher Beschluss hätte weitere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen im Umfang von ca. 750 T€ je Prozentpunkt Besoldungserhöhung erfordert.

Im Sozialbereich zeichnen sich verschiedene Verbesserungen aber auch Verschlechterungen ab. Mindererträgen aus der Ausgleichsleistung des Landes für den Fortfall des Wohngeldes stehen Mehrerträge bei Kostenerstattungen und Einsparungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende gegenüber.

Bei den Rettungsdienstgebühren ergeben sich Mehrerträge aus der Umstellung der Abrechnungsperiode auf das Kalenderjahr (Einmaleffekt) und bei den Baugenehmigungsgebühren steigen die Gebühren für Gewerbebauten an.

Die Liquiditätsslage hat sich verbessert. Gründe hierfür sind geplante aber noch nicht erfolgte Mittelabflüsse, u.a. für die Bauunterhaltungsmaßnahmen am Berufskolleg Beckum, und der Jahresüberschuss 2007. Aufgrund der verbesserten Liquiditätsslage konnte der Aufbau eines Kapitalstocks für die Pensionsverpflichtungen begonnen werden. Zunächst wurden 1,8 Mio. € für ein Jahr bei der Sparkasse Münsterland Ost angelegt. Dieser Festgeldanlage ist eine Preisabfrage bei mehreren Kreditinstituten vorausgegangen. Im nächsten Jahr soll dann im Finanzausschuss über eine langfristige Kapitalanlage vorentschieden werden.

Die Liquiditätsslage lässt auch einen Verzicht auf die Aufnahme von langfristigen Krediten aus der Kreditermächtigung 2007 i.H.v. 900 T€ zu.

Auf Frage von Frau Stakenkötter bestätigt Herr Gnerlich, dass die steigenden Baugenehmigungsgebühren für Gewerbebauten auch mit einer höheren Personalbelastung einhergehen.

Frau Bürsmeier-Nauert stellt fest, dass der Finanzausschuss keine Einwände gegen

den Verzicht auf die Inanspruchnahme der Kreditermächtigung aus dem Jahr 2007 hat.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<b>3.</b>	<b>Finanzielle Unterstützung der DRK-Rückkehrberatungsstelle Hamm durch den Kreis Warendorf ab dem 01.01.2009</b>	<b>128/2008</b>
-----------	---	-----------------

Herr Hild befürwortet die vorgeschlagene Vereinbarung mit dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Hamm e.V. Es handele sich um ein Beispiel für eine kostengünstige Vergabe einer Serviceleistung des Kreises an einen Dritten.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem Vertragsentwurf zwischen dem Kreis Warendorf und dem DRK Hamm wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

4.	<b>Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2009 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist</b>	<b>139/2008</b>
----	---	-----------------

Frau Bürsmeier-Nauert ruft die Teile des Haushaltsplanes 2009 mit Anlagen zur Beratung auf, die in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen. In diesem Zusammenhang wird auch die Anfrage der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zum Personalmanagement behandelt sowie der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Beteiligung des Kreises an der Zertifizierung durch das Land NRW als "familienfreundliche Kommune" beraten.

Herr Neumann erläutert die Anfrage der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Er stellt fest, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinde der Personalpolitik des Kreises oft sehr kritisch gegenüber stünden. Mit der Anfrage soll der Verwaltung die Möglichkeit eingeräumt werden, die eigene Personalpolitik darzustellen.

Herr Dr. Funke erläutert ausführlich die Stellenplanentwicklung und das Personalmanagement der Kreisverwaltung. Die positive Bewertung der GPA zum Stellenplan 2005 könne auch heute noch gelten. Zwar ist die Zahl der Stellen von 611 auf 638 Stellen gestiegen, aber jede zusätzliche Stelle ist durch gesetzliche Vorgaben, Gerichtsbeschlüsse oder Beschlüsse des Kreistages begründet. Bei dem Zuwachs von 27 Stellen handelt es sich im übrigen um eine Nettogröße, da den notwendigen neuen Stellen auch immer Stellenstreichungen gegenüber standen. Es wird regelmäßig geprüft, ob Stellen entfallen können, weil Aufgaben wegfallen oder auch durch Outsourcing auf Dritte übertragen werden können. Das Instrument des Outsourcings wird genutzt um Aufgaben wirtschaftlicher durchzuführen.

Der Anteil der Beamten an der Belegschaft von rd. 34 %, der ebenfalls kritisiert wurde, sei im kommunalen Vergleich nicht auffällig. Bei der Besetzung von Stellen, die mit Beamten oder Angestellten besetzt werden können, werden Beamte nicht bevorzugt. Vielmehr steht die Eignung und Befähigung des Bewerbers im Vordergrund.

Auf Nachfrage von Herrn Neumann stellte Herr Dr. Hansen klar, dass ein zusätzlicher Tierarzt ein drohendes Kontrolldefizit beseitigen soll. Diese Aufgabe ist präventiv zu verstehen und daher auch ohne Vorliegen einer akuten Seuchenlage zu erfüllen.

Herr Juli tritt dafür ein, die Kritik der Bürgermeister zur Personalpolitik des Kreises zurückzuweisen.

Frau Stakenkötter hebt das Modellprojekt "Servicestelle Personal" des Kreises Warendorf als Beispiel für eine neue und konstruktive Lösung zur Leistungserbringung hervor.

Herr Hild sieht zahlreiche Beispiele dafür, dass beim Kreis mit ausdrücklicher Billigung durch die Städte und Gemeinden Aufgaben gebündelt werden. Insofern wider-



spreche die Kritik der Bürgermeister ihren eigenen Bestrebungen, Aufgaben mit Personal des Kreises zu erfüllen.

Auch Herr Neumann sieht den Kreis in der Personalpolitik gut positioniert und begrüßt die einhellige Zurückweisung der von den Städten und Gemeinden vorgebrachten Kritik.

Herr Hild begründet den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Beteiligung des Kreises an der Zertifizierung durch das Land NRW als "familienfreundliche Kommune". Er sieht den Kreis bereits jetzt familienfreundlich ausgerichtet. Mit der Zertifizierung könne aber darüber hinaus aktives Standortmarketing betrieben werden.

Frau Bürsmeier-Nauert lässt über den Antrag abstimmen.

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.11.2008 zur Beteiligung des Kreises an der Zertifizierung durch das Land NRW als "familienfreundliche Kommune"

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr Dr. Funke erläutert den Finanzbedarf von 10.800 €, der für die Sonderumlage des Studieninstituts Soest erforderlich wird (s. Anlage III b zur Sitzungsvorlage, Nr. 1). Die Sonderumlage wird zum Ausgleich der Eröffnungsbilanz des Studieninstituts erhoben. Nach Auffassung der Bezirksregierung Arnsberg als Kommunalaufsicht über das Studieninstitut konnte der Bilanzausgleich nicht im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzepts sondern nur unmittelbar in der Eröffnungsbilanz herbeigeführt werden.

Nach Ansicht von Herrn Hild zeige die Entscheidung der Bezirksregierung, dass ein unausgeglichener Umlagehaushalt von den Kommunalaufsichten nicht toleriert wird.

Herr Dr. Hansen erläutert den Finanzbedarf von 15.625 € für den Erwerb einer Stammeinlage an der Chem. und Veterinäruntersuchungsanstalt Münsterland-Emscher-Lippe (s. Anlage III b zur Sitzungsvorlage, Nr. 2). Es bestand Einigkeit unter den Kommunen sich einheitlich an der Anstalt öffentlichen Rechts zu beteiligen, um Einfluss auf die Untersuchungsanstalt ausüben zu können.

Herr Kemper ergänzt, dass die Details der Organisation noch zu klären sind. Im Frühjahr 2009 werde die Verwaltung dann eine gesonderte Vorlage erstellen, aus der auch die Vor- und Nachteile einer Beteiligung an der Anstalt hervorgehen.

Auf Vorschlag der Verwaltung wird die Beratung des Produktes 160110 "Steuern, allgem. Zuweisungen u. Umlagen" in den TOP I 5 verschoben, weil es hier durch neuere Erkenntnisse zu den Finanzausgleichsleistungen des Landes, zur Landschaftsumlage und damit auch zur Höhe der Kreisumlage um den Haushaltsausgleich im Rahmen des Gesamthaushaltes geht.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2009, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus dieser Sitzung ergeben (aber noch ohne Festlegungen zum Produkt 160110), beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>5.</b>	<b>Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2009 mit Haushaltsplan und Anlagen</b>	<b>140/2008</b>
-----------	--	-----------------

Herr Wiemann erläutert den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion auf Rückgabe des Jahresüberschusses 2007 i.H.v. rd. 1,8 Mio. € an die Städte und Gemeinden. Er erklärt, dass die Rückgabe des Jahresüberschusses dem Wunsch der Bürgermeisterin und der Bürgermeister entspreche.

Herr Kaup erkundigt sich nach den Konsequenzen für den Haushalt 2009.

Herr Dr. Funke führt aus, dass die Rückgabe des Jahresüberschusses über eine entsprechende Absenkung der Kreisumlage realisiert werden könne. Der Haushalt 2009 wäre dann allerdings strukturell unausgeglichen. Durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage könne aber ein fiktiver Haushaltsausgleich herbeigeführt werden. Es fehle dann aber gleichwohl an liquiden Mitteln.

Frau Bürsmeier-Nauert lässt über den Antrag abstimmen.

Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 19.11.2008 auf Rückgabe des Jahresüberschusses 2007 an die Städte und Gemeinden

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme  
1 Enthaltung  
13 Nein-Stimmen

Herr Juli spricht den Antrag auf Baukostenzuschuss für die Hospizbewegung Ahlen (s. Antragsliste zum Haushalt 2009 mit finanziellen Auswirkungen, Nr. 5) an und erkundigt sich, inwieweit die Bezuschussung eine Kreisangelegenheit darstellt.

Herr Dr. Börger erläutert, dass die Bewohner des Hospizes zum Großteil aus Ahlen und zum Teil aus anderen Städten und Gemeinden des Kreisgebietes aber auch aus Gemeinden außerhalb des Kreises stammen. Er weist darauf hin, dass es auch weitere Hospizvereine im Kreis Warendorf gibt.

Herr Bing bestätigt die Ausführungen zur Herkunft der Hospizbewohner. Ziel des Antrages sei es, durch einen einmaligen Zuschuss das Hospiz zu fördern.

Frau Stakenkötter bedauert, dass die Beantragung von Fördermitteln erst nach Baubeginn erfolgt ist, da vor Baubeginn evtl. auch noch alternative Fördermittel zugänglich gewesen wären.

Herr Hild verweist wegen der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Hospiz auf die Diskussion im Sozialausschuss. Die Haltung der Stadt Ahlen, die einerseits die Höhe der Kreisumlage bemängelt aber andererseits Geld vom Kreis für das Hospiz in Ahlen einfordere, sei widersprüchlich.

Auf Anfrage von Herrn Juli erklärt Herr Dr. Funke, dass der Baukostenzuschuss - ohne vertragliche Vereinbarung über eine mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung - in voller Höhe unmittelbar aufwandswirksam würde.

Frau Stakenkötter spricht die Bezuschussung der Verbraucherberatung (s. Antragsliste zum Haushalt 2009 mit finanziellen Auswirkungen, Nr. 4) an. Die Verbraucherzentrale habe ein breites Beratungsspektrum, in dem die Kommunikationsberatung (Mobilfunk-, DSL-Verträge u.a.) steigende Bedeutung erlange. Eine Einengung des Zuschusses auf nur einen Zweck, wie die Energieberatung, sei daher ungünstig.

Herr Hild sieht in der Energieberatung ein wichtiges Beratungsfeld. Es sei aber nicht Ziel, die Verbraucherberatung einzuschränken. Es solle aber eine Leistungsvereinbarung geschlossen werden, um Zuschuss und Gegenleistung der Verbraucherzentrale effektiv zu verknüpfen.

Herr Juli steht einer Leistungsvereinbarung ebenfalls positiv gegenüber. Durch eine Vereinbarung und eine darauf bezogene Evaluierung könne der Nutzen der Bezuschussung bewertet werden.

Herr Wiemann möchte verhindern, dass die Verbraucherzentrale durch die Vereinbarung neue Aufgaben erhält, die in der Folge wiederum neues Personal erfordern.

Herr Hild verweist dazu auf die Evaluierung, die auch die Auslastung des kreisweiten Beratungsangebotes abfragen wird.

Herr Juli verzichtet auf Beratung und Abstimmung des Gesamtantrages der SPD-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008, weil die Anträge im Einzelnen bereits in der Antragsliste enthalten sind und hierüber in der Gesamtheit abgestimmt werden soll.

Herr Dr. Funke geht auf die Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 10.11.2008 zu den sich aus der Finanzmarktkrise ergebenden Risiken für den Kreishaushalt (s. Anlage VIII zur Sitzungsvorlage) ein. Einzelne Haushaltsbelastungen (z.B. weniger Baugenehmigungsgebühren, weniger Kfz-Zulassungsgebühren, verstärkte Forderungsausfälle) sind für das kommende Jahr denkbar. Auch bei den Sozialleistungen könnten sich finanzielle Verschlechterungen einstellen. Hier besteht aber die Hoffnung, dass sich zusätzliche Belastungen erst mit einer zeitlichen Verzögerung, evtl. erst im Jahr 2010, zeigen.

Der Haushalt 2009 wurde nach Überzeugung der Verwaltung solide geplant, so dass zunächst mit keinen dramatischen Einbrüchen zu rechnen ist. Im Haushaltsjahr 2010 könnte die Krise aber deutlichere Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben. Geringere Umlagegrundlagen könnten die Finanzierung steigender Ausgaben erschweren und den Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage erfordern.

Auf Nachfrage von Frau Stakenkötter geht Herr Dr. Funke auch auf die Situation bei der GKW ein. Dort wird für 2009 sogar mit steigenden Erträgen aus der Beteiligung an der RWE AG gerechnet. Nach Analystenmeinung könnte die Dividende von 3,15 € auf 3,50 € pro Aktie steigen. Sollte die Dividende jedoch sinken, müssten die geförderten Projekte geprüft werden. Sofern Projekte nicht verschoben oder gestri-

chen werden können, ist die Finanzierung aus dem Kreishaushalt vorzunehmen.

Herr Dr. Funke erläutert die als Tischvorlage ausgeteilte Änderungsliste zum Ergebnisplan des Haushaltes 2009. Unter der Annahme, dass der LWL den Hebesatz für die Landschaftsumlage nicht anhebt, führen die Änderungen zu einem Überschuss von rd. 1,6 Mio. €. Zum Ausgleich könnte daher der Hebesatz für die allgemeine Kreisumlage von 36,9 v.H. um 0,55 Prozentpunkte auf 36,35 v.H. gesenkt werden. Sollte aber der LWL seinen Hebesatz anheben, könnte diese Mehrbelastung nur durch einer Anhebung des Hebesatzes für die Kreisumlage kompensiert werden.

Frau Bürsmeier-Nauert lässt die Anträge zum Hebesatz der Kreisumlage unter der Annahme eines unveränderten Hebesatzes zur Landschaftsumlage beraten.

Herr Kreft erklärt, dass die SPD-Kreistagsfraktion zunächst eine Senkung des Hebesatzes auf 36,0 v.H. beantragt hat. Nach derzeitigem Sachstand könne er aber auch einen Hebesatz von 36,35 v.H. akzeptieren. Damit könne noch ein solider und gemeindefreundlicher Haushalt umgesetzt werden.

Herr Wiemann fordert weiterhin einen Hebesatz von 36,0 v.H. ein. Fehlende Mittel sollten der Ausgleichsrücklage entnommen werden.

Herr Hild lehnt einen unausgeglichenen Haushalt ab. Als haushaltspolitische Ziele nennt er den Verzicht auf neue Schulden, den Abbau der bestehenden Schulden, die Sicherung der Liquidität und den Aufbau eines Kapitalstocks zur Sicherung der Pensionsverpflichtungen. Zur Erreichung dieser Ziele sei die Absenkung des Hebesatzes auf 36,35 v.H. das bestmögliche Ergebnis. Weitere Einsparmöglichkeiten im Haushalt seien nicht erkennbar.

Herr Neumann unterstützt grundsätzlich den Hebesatz von 36,35 v.H. Er sieht aber noch Gesprächsbedarf, so dass er sich bei Abstimmung über diesen Hebesatz enthalten wolle.

Frau Stakenkötter spricht sich ebenfalls für einen Hebesatz von 36,35 v.H. aus.

Herr Krause steht der Senkung des Ansatzes für die Unterhaltung der Kreisstraßen um 600 T€ skeptisch gegenüber. Er will sich daher enthalten.

Frau Bürsmeier-Nauert lässt zunächst über den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion auf Senkung des Hebesatzes zur allgemeinen Kreisumlage auf 36,0 v.H. abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme  
14 Nein-Stimmen

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

- 1 a) Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen (Anlage 1) ergeben, werden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 13 Ja-Stimmen  
2 Enthaltungen

- 1 b) Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird – unter der Annahme eines unveränderten Hebesatzes zur Landschaftsumlage - auf 36,35 v.H. festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:** 12 Ja-Stimmen  
3 Enthaltungen

2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 21.09.2008 zum Eckdatenpapier des Landrats zum Entwurf des Kreishaushaltes 2009 wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Einwendungen, Hinweise und Anregungen der Städte Sendenhorst, Beckum, Drensteinfurt und Ennigerloh und der Gemeinden Everswinkel und Beelen wurden bei den Beratungen zur Haushaltssatzung und ihren Anlagen, insbesondere bei der Festlegung der Hebesätze zur allgemeinen Kreisumlage und Jugendamtslage, berücksichtigt.
4. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2009 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

**Abstimmungsergebnis (zu 2 – 4):** 13 Ja-Stimmen  
2 Enthaltungen

<b>6.</b>	<b>Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an der Vinzenz-von-Paul-Schule in Beckum</b>	<b>108/2008</b>
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Funke weist auf eine Ergänzung der Sitzungsvorlage im vorangegangenen Ausschuss für Schule, Kultur und Sport hin. Nach der Sitzungsvorlage wird für das aufzunehmende Darlehen ein Tilgungssatz von 1 % angenommen. Es sind aber auch Tilgungssätze bis 2 % möglich.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Umbaumaßnahmen an der Vinzenz-von-Paul-Schule werden mit Gesamtbaukosten i.H.v. 462 T€ anerkannt.

Im Rahmen des Vertrages zwischen dem Kreis Warendorf und dem Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e.V. trägt der Kreis die ungedeckten Finanzierungskosten als Schuldendiensthilfen.

Die nicht benötigten Darlehensmittel aus der Erweiterungsmaßnahme an der Heinrich-Tellen-Schule i.H.v. 14,4 T€ werden zur Teilfinanzierung der beabsichtigten Maßnahmen an der Vinzenz-von-Paul-Schule umbewilligt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

7.	<b>Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten des Caritasverbandes im Kreisdekanat Warendorf e.V.</b>	<b>141/2008</b>
----	--	-----------------

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für ein vom Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e.V. noch aufzunehmendes Darlehen i.H.v. bis zu 447.600 € wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen



<b>8.</b>	<b>Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2007</b>	<b>142/2008</b>
-----------	--	-----------------

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Mechtild Bürsmeier-Nauert  
Vorsitz

Dr. Stefan Funke  
Schriftführer